

# In zwei Jahren droht die Überschuldung

23.01.2010

**Bürgerversammlung zur Haushaltssituation der Stadt: Licht aus, Straßen kehren und Gelbe Säcke her**

VON JÜRGEN LANGENKÄMPER

**Minden (mt). Der Stadt droht die Überschuldung schon in Jahr 2012. Doch die Bürger sorgen sich mehr um ausbleibende Straßenkehrung, fehlende Gelbe Säcke und die Frage, ob und in welchen Straßenzügen das Licht ausgeschaltet werden kann.**



Rapider Anstieg: Die Summe der Kassenkredite, die lange um 20 Millionen Euro pendelte, schnell auf 100 Millionen Euro in die Höhe. | MT-Grafik: Detlef Stoll

Bürgermeister Michael Buhre und die Verwaltung am Donnerstagabend in den Großen Rathaussaal eingeladen hatte, war Ernsthaftigkeit geprägt. Kämmerer Norbert Kresse erntete sogar Beifall für die Art seiner Präsentation der schlechten Nachrichten – was an deren besorgniserregendem Charakter aber überhaupt nichts zu ändern vermochte.

Die Zielrichtung einzelner Fragen zu vollkommen alltäglichen Banalitäten offenbarte im Anschluss aber die Hilflosigkeit von Teilen der Bürgerschaft angesichts des dramatischen Haushaltsdefizits. Auf rund 100 Millionen Euro werden die Kassenkredite der Stadt und ihrer Töchter bis Ende 2013 anschwellen – von rund zehn Millionen zum Jahresende 2008, als die Stadt nach zwölf Jahren strukturell defizitärer Haushalte einem Haushaltsausgleich so

nahe zu sein schien wie lange nicht.

Doch dann kam die globale Wirtschaftskrise. Auf 28,3 Millionen Euro schwoll das Defizit 2009 an. Und die Einnahmen sinken gegenüber dem Vorjahr weiter: um 10,0 Millionen Euro die Gewerbesteuer, um 4,1 Millionen Euro die Einkommensteuer, um 3,6 Millionen Euro die Schlüsselzuweisungen des Landes. Erwartet werden zudem Ausgabesteigerungen für Grundsicherung (plus 1,7 Millionen Euro), Jugendhilfe (plus 1,1 Millionen Euro) sowie Abschreibungen und Entgelte, die die Stadt an die Städtischen Betriebe (SBM) zahlen muss (plus 3,0 Millionen Euro).

Trotz Gegensteuerns ist für 2010 ein Minus von 29,3 Millionen einkalkuliert. Und so wird es in den Folgejahren weitergehen – wenn auch aufgrund drastischer Sparmaßnahmen gedämpft.

2012 aber ist das nach dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) festgesetzte Eigenkapital, das zum Jahresbeginn 2007 noch fast 95 Millionen Euro betragen hatte, rein rechnerisch aufgezehrt.

Konsequenzen, die Bürger und Unternehmen schon von diesem Jahr an spüren werden, sind eine nach dem Nothaushaltsrecht vorgeschriebene Anhebung der Hebesätze auf den Landesdurchschnitt.

Dadurch sollen rund 1,0 Millionen Euro bei der Grundsteuer B (plus 9,7 Prozent für bebaute Grundstücke) und 1,1 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer (plus 5,4 Prozent) in den Stadtsäckel bringen sollen. 1,28 Millionen Euro sollen im Personalbereich eingespart werden, 475 000 Euro bei Sach- und Transferausgaben.

Ferner erhöht die Stadt spezielle Gebühren und Entgelte und erhofft so Mehreinnahmen von 338 000 Euro pro Jahr. Die Sportstättennutzung soll sich um zehn Prozent verteuern, das Theaterabo wird teurer, und bei den Kindergartenbeiträgen wird eine zusätzliche Einkommensstufe für Spitzenverdiener vorgeschlagen.

146 000 Euro ließen sich durch den Ausstieg aus der Nordwestdeutschen Philharmonie sparen, 40 000 und 81 000 Euro durch die Schließung der Grundschulstandorte Stemmer und Leteln. Vermieden wären im letzteren Fall auch erforderliche Investitionen in Höhe von 1,1 Millionen Euro. Geprüft werden soll, wie es mit dem Weser-Kolleg weitergeht. Möglich wäre die Schließung oder die Kooperation mit anderen Kommunen, um die Kosten zu teilen. Interkommunale Zusammenarbeit – bereits praktiziert in Teilbereichen der Beschaffung, um bessere Einkaufspreise zu erzielen – soll nach den Wünschen des Bürgermeisters ausgeweitet werden.

Wo die Bürger Einsparpotenzial vorschlagen wie

bei der Straßenbeleuchtung – 20 bis 30 Prozent der Stromkosten von 600 000 Euro –, stehen hohe Investitionskosten (Gerald Schüler: "Eine Million Euro") im Wege. Grundlegend ändert dies an der schlechten Finanzausstattung Mindens wie aller Kommunen durch Bund und Land nichts.

"Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verschlechtert unsere Situation weiter", beklagte Buhre ein Minus von 600 000 Euro allein von dieser Seite. Im Ältestenrat hätten die Vertreter aller Fraktionen nun beschlossen, gemeinsam eine Resolution an die Bundesregierung zu verfassen.

#### **Dokumenten Information**

Copyright © Mindener Tageblatt 2010

Dokument erstellt am 23.01.2010 um 14:40:46 Uhr

Letzte Änderung am 23.01.2010 um 15:36:29 Uhr

Texte und Fotos aus MT-Online sind urheberrechtlich geschützt.  
Weiterverwendung nur mit Genehmigung der Chefredaktion.

URL: [http://www.mt-online.de/lokales/minden/?em\\_cnt=3349113&em\\_loc=239](http://www.mt-online.de/lokales/minden/?em_cnt=3349113&em_loc=239)